

Antwort von Christoph Matschie, SPD

Sehr geehrte Frau Schneider,

vielen Dank für Ihren Brief und Ihre Gedanken zur Friedenspolitik.

Wie Sie bestimmt den Nachrichten entnommen haben, haben wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion darauf verständigt, zunächst keine Entscheidung über die Bewaffnung der von der Bundeswehr genutzten Heron-TP-Drohnen zu treffen und stattdessen einer breiten, öffentlichen Debatte Raum zu geben. In diesem Sinne freue ich mich über Ihre Zuschrift und beantworte gern Ihre Fragen.

Für mich gehört - wie für die gesamte Fraktion und die SPD - die Friedenssicherung zu den wichtigsten politischen Zielen, nicht zuletzt wegen der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands, die Sie auch ansprechen. Auch Ihre Gedanken zur Überwindung von Freund-Feind-Schemata und zur Bedeutung einer internationalen, ja globalen Kooperation bei der Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen unserer Zeit teile ich.

Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt diese Ziele, indem sie mit anderen Nationen zusammenarbeitet - im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU, innerhalb bi- und multilateraler Abkommen und auch als Mitglied der NATO. Ich bin froh und dankbar, dass unser Land in all diesen Kontexten als verlässlicher Partner geschätzt wird, dass es seine Stimme erheben und konstruktive Beiträge leisten kann, die unsere Welt für alle sicherer machen.

Für mich als Mitglied des Deutschen Bundestages stellt sich damit immer wieder auch die Frage, wie wir verantwortungsvoll mit dem Einfluss umgehen, den wir haben, und wie wir dem Vertrauen gerecht werden, das andere in uns setzen. Auch das ist für mich eine Lehre aus der deutschen Geschichte: dass wir gerade in Fragen der Verteidigungspolitik gemeinsam mit anderen denken, entscheiden und handeln, nie allein. Und dass Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr stets auf der bewährten demokratischen Grundlage des Parlamentsvorbehalts stehen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen die Gründe verdeutlichen, auf denen ich meine Gewissensentscheidung als Abgeordneter in diesen Fragen treffe. Zur Drohnenbewaffnung wird es aller Voraussicht nach in dieser Legislaturperiode keine Entscheidung mehr geben, und ich freue mich wie schon gesagt auf die Diskussion, die ich auch im Sinne unserer Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für wichtig erachte.

Sie können meine Antwort gern auf Ihrer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Matschie